

Großlagen

# Einsatzbedingungen kritisiert

Von Hans-Jürgen Marker

**Ein Diskusstagung zur aktuellen Bewertung der Umstände bei polizeilichen Großlagen, Kritik und den Stand der Umsetzung des GdP-Strategiepapiers "Einsatz" veranstaltete die GdP Mitte September im bayerischen Staffelstein. Das romantische Kloster Banz bildete den Rahmen für intensive Gespräche zwischen Kolleginnen und Kollegen aus der mittleren operativen Führungsebene (Hundertschaftsführer). Gerade aus diesen Reihen erreichte die GdP im Vorfeld der Tagung die meiste Kritik.**

In der Vergangenheit traten bei polizeilichen Großlagen immer wieder Mängel hinsichtlich der Unterbringung von Einsatzkräften und deren Verpflegung auf. So auch während des im März 2001 durchgeführten Transports abgebrannter Kernbrennelemente von La Hague nach Gorleben. Defizite wurden aber nicht nur hinsichtlich der sozialen Situation, sondern auch im Bereich der Einsatzvorbereitung und der taktischen Durchführung mancher Einsatzmaßnahmen festgestellt. Auf Unverständnis stieß dabei insbesondere die teilweise eklatante Missachtung von Grundsätzen, die sowohl im GdP-Strategiepapier "Einsatz" als auch in der so genannten "Orientierungshilfe" für die Unterbringung von Kräften in Großlagen formuliert sind.

In Ermangelung einheitlicher dienstlicher Verfahren, die geeignet wären, dem betroffenen Führungskreis ein Forum zur Aufarbeitung der Einsatzergebnisse und -erfahrungen zu bieten, sieht sich die Gewerkschaft der Polizei aus ihrer originären Verantwortung heraus verpflichtet, gerade diesem Problembereich gebührend Rechnung zu tragen.

Grund genug für den GdP-Fachbereich "Einsatz" sich zu entschließen, für den genannten Führungskreis ein zweitägiges Symposium als Plattform für einen Meinungsaustausch über die Erfahrungen in polizeilichen Großlagen anzubieten.

## **Schwachstellen beseitigen**

Die Teilnehmer dieser Veranstaltung sollten auch die Gelegenheit erhalten, darüber zu diskutieren, inwieweit das Strategiepapier und die Orientierungshilfe geeignet sind, logistische und taktische Maßstäbe für Einsätze dieser Art zu setzen, ob es "Schwachstellen" gibt und auf welche Weise diese beseitigt werden könnten. Zur Schaffung einer Diskussionsbasis sollten Personen, die in polizeilichen Großlagen an exponierten Stellen arbeiten bzw. Dienst verrichten, als Referenten gewonnen werden.

## **Sicht des Abschnittleiters**

Auf Vorschlag der GdP-Landesbezirke und dem Bezirk BGS wurden 60 Kolleginnen und Kollegen sowie der Bundesfachausschuss "Bereitschaftspolizei" eingeladen. Die Konzeption der Veranstaltung sah vor, dass am ersten Tag der Veranstaltung die Referenten zu Wort kommen sollten, während sich die Teilnehmer am zweiten Tag in verschiedene Arbeitskreise aufteilten. So referierte Heinz Kiefer, Stellvertretender Bundesvorsitzender der GdP und als Vorstand zuständig für den Fachbereich "Einsatz" der Bundesgeschäftsstelle, über Großlagen aus Sicht eines beteiligten Abschnittleiters. Bernd Manthey, Inspekteur der Bereitschaftspolizeien der Länder, erläuterte polizeiliche "länderübergreifende" Großlagen. Die Lüneburger Regierungspräsidentin Ulrike Wolff-Gebhardt beleuchtete die verwaltungsrechtliche Sicht polizeilicher Großlagen. Hans Reime, Ltd. Polizeidirektor der Schutzpolizei bei der Bezirksregierung Lüneburg und Leiter des letzten (und des nächsten) CASTOR-Einsatzes schilderte den praktischen Ablauf einer Großlage anhand des Transports abgebrannter Brennelemente zum Zwischenlager Gorleben. Den Referentenkreis schloss Dr. Christian Schneller, Unternehmenskommunikation E.ON., der CASTOR-Einsätze aus dem Blickwinkel

der betroffenen Wirtschaftsunternehmen schilderte.

### **Lösungen erarbeitet**

In drei Arbeitskreisen und weiteren Workshops galt es, die unterschiedlichen Themen nicht nur zu diskutieren, sondern aus den Beiträgen eine Lösung zu erarbeiten.

### **Einsatzbedingungen**

Diesem Arbeitskreis, der sich in drei Workshops unterteilte, kam die Aufgabe zu, mögliche Defizite im Bereich des polizeilich-handwerklichen "Geschäfts" festzustellen. Dabei standen Taktik, Ausrüstung/Ausstattung/Technik und Information/Kommunikation auf dem Prüfstand.

### **Soziale Mindeststandards**

Hier diskutierten die Teilnehmer die so genannte "Orientierungshilfe", ein Papier, das der AK II der Innenministerkonferenz zustimmend zur Kenntnis genommen hat. Es behandelt soziale Mindeststandards hinsichtlich der Unterbringung von Einsatzkräften. In einem weiteren Arbeitskreis berieten die Teilnehmer, wie die Betreuung der Einsatzkräfte vor Ort durch Kolleginnen und Kollegen der GdP noch besser als bislang erfolgen könnte. Die Diskussionsbeiträge der Arbeitskreise und Workshops mündeten in Empfehlungen, die bei der Bundesgeschäftsstelle in der nächsten Zeit bewertet werden.

DEUTSCHE POLIZEI wird über die Ergebnisse und die Konsequenzen der Bewertung berichten.

(aus [DEUTSCHE POLIZEI 11/2001](#))